



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Markus (Tessa) Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Patientendaten im Internet

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration mündlich und schriftlich zu berichten:

- Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung zum Sachverhalt vor?
- Wie viele bayerische Arztpraxen und Kliniken sind betroffen?
- Welcher Umstand führte dazu, dass die Patientendaten frei zugänglich waren?
- Insbesondere wie viele bayerische Patientinnen und Patienten sind betroffen und in welchem Umfang waren ihre Daten öffentlich zugänglich?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung darüber, dass unbefugte Dritte auf die offen zugänglichen Daten Zugriff erlangt haben?
- Ist der Staatsregierung bekannt, ob die Betroffenen durch die Offenlegung der Daten materielle und immaterielle Schäden erlangt haben?
- Wie hat die Staatsregierung bei diesem Vorfall mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zusammengearbeitet?
- Insbesondere wann wurde sie vom BSI über den Vorgang wie informiert?
- Sind die betroffenen Patientinnen und Patienten über die Offenlegung ihrer Daten informiert worden?
- Ist sichergestellt, dass die personenbezogenen Daten der Betroffenen nun geschützt sind?
- Stehen auch Drittanbieter bei der fehlenden Cybersicherheit in der Verantwortung?
- Werden Bußgelder an die für die Sicherheitslücke Verantwortlichen erteilt? Wenn nein, warum nicht?
- Welche Anstrengungen unternimmt die Staatsregierung, um die Cybersicherheit für die Gesundheitswirtschaft zu verbessern?
- Welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um vergleichbare unbefugte Offenlegungen künftig zu verhindern?

**Begründung:**

Datensätze von Millionen Patientinnen und Patienten sind jahrelang offen im Internet verfügbar gewesen. Das ergaben Recherchen des Bayerischen Rundfunks und der US-Investigativ-Plattform ProPublica. In Deutschland sind demnach etwa 13.000 Menschen betroffen. Bei den einzusehenden Daten handelt es sich z. B. um Röntgenbilder, personengebundene Angaben und Behandlungsmethoden. Bereits 2016 wurden erste Berichte über unsicher konfigurierte Picture Archiving and Communication System (PACS)-Server bekannt gemacht, aber die Verantwortlichen haben offensichtlich nicht gehandelt. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, zum Ausmaß dieses Daten-skandals zu berichten und darzulegen, welcher Schaden den Betroffenen dadurch entstanden ist und wie solche Datenlecks in Zukunft verhindert werden können.